

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 38 86 846 ppbr d

Inhalt

Helmut Rohde MdB, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, macht sich die Sorgen der Älteren zu eigen: Was wird aus der Rente?

Seite 1

Erwin Horn MdB würdigt den Bericht des Wehrbeauftragten: Klare Positionen gefordert.

Seite 3

Renate Schmidt MdB kritisiert die Ungerechtigkeiten der BAFÖG-Gesetzgebung: Ist das alles noch Gleichbehandlung?

Seite 4

Dokumentation

Hugo Brandts Rede bei der Eröffnung der Karl-Marx-Ausstellung in Trier:

Karl Marx, die Freiheit und die totale Umwälzung.

Seite 6

38. Jahrgang / 52

16. März 1983

"Was wird aus der Rente?"

Die Frage der Älteren an das Parlament

Von Helmut Rohde MdB
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Bundesregierung und Parlament stehen vor einer Frage, die nicht mit politischer Taktik, sondern allein mit Verantwortung vor den Menschen beantwortet werden kann: Wie sieht die Zukunft der Rentenversicherung aus? Anfang dieses Jahres hat der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger mitgeteilt, im Herbst drohe die Liquiditätskrise in der deutschen Rentenversicherung. Gemeint war damit, Einnahmen und Ausgaben geraten aus dem Gleichgewicht.

Die Frage muß gestellt werden: Sollen die Menschen, die älteren Mitbürger noch monatelang von derartigen Nachrichten überfallen werden, sie nicht wissen oder gewahr werden, wie ihre Zukunft aussehen wird? Oder werden Regierung und Parlament daran gehen, unverzüglich die Rentenversicherungsprobleme auf die Tagesordnung zu setzen und den Menschen mehr Sicherheit für die Zukunft geben? Wird die Alterssicherung zur Priorität in der neuen Legislaturperiode oder entsteht ein taktischer Verschiebebahnhof, eine elende politische Balgerei?

Ich komme aus dem Wahlkampf mit der Erinnerung an viele Besorgte und Ängstliche: In den Altenclubs, an Informationsständen und in Heimen. Hier erlebte man, welche Ängste das Wortungetüm "Liquiditätskrise" auslöst, das andauernd durch die Medien geistert. Es wäre nicht zu verantworten, wenn die Älteren den ganzen Sommer von immer bedrohlicheren Ankündigungen und Finanznachrichten traktiert würden. "Was wird aus meiner Rente?" So fragten die Älteren nicht nur im Wahlkampf. So stehen sie heute vor dem Parlament.

Behandelt und bewältigt werden muß, wie längerfristig die Finanzgrundlagen der Rentenversicherung stabiler werden sollen. Man kann über elf Millionen Menschen nicht in eine Liquiditätsfalle laufen lassen. Auf diesem Feld müssen

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

Kreislos-Druck
mit dem besten
Bayrischen
Papier



vorsorgende Entscheidungen getroffen werden. Die Fragen sind konkret, zum Beispiel: Wie wird der Staat künftig seine Finanzverpflichtungen gegenüber der Rentenversicherung wahrnehmen? Kein Sozialversicherungsträger hält es aus, wenn neben der wirtschaftlichen Krise auch noch ein finanzpolitisch unberechenbar werdender Staat dauernd in die Kassen greift. Dies ist eine Doppelstrategie, die zur Dynamisierung nach unten führt.

Zum anderen: Wird endlich damit aufgehört, zu Beginn jedes Haushaltsjahres im Karussellstil Finanzdefizite von einem Zweig der Sozialversicherung zum anderen zu schaukeln? Diese Methode wurde inzwischen so weit getrieben, daß auch den ministeriellen Bürokratien die Sache aus der Hand gegliitten ist. Bei diesem Kompetenzverfall ist völlig aus dem Blick geraten, daß nur dann das Gesamtsystem sozialer Sicherung halbwegs im Gleichgewicht gehalten werden kann, wenn seine einzelnen Zweige soweit wie möglich stabilisiert und nicht durch hektischen Kreisverkehr allesamt labil gemacht werden. Es wirkt dilettantisch, Sozialversicherungszweige mit herumkreiselnden Finanzierungstricks zu manipulieren.

Und: Wie sollen in Zukunft die Beiträge beschaffen sein? Stimmen die Meldungen, daß die Beiträge angehoben werden sollen? Und hat jemand errechnet und überlegt, was es für gesellschaftliche Folgen haben würde, wenn Reallohnsenkung, Lohndruck und mehrfache Abgabenerhöhungen zusammentreffen?

Das führt zu der nächsten Frage: Welches Bild haben Regierung und Politik vor Augen hinsichtlich der Entwicklung der verschiedenen Zweige der Alterssicherung und ihrer Leistungen? Gibt es Bereitschaft zur Harmonisierung und zum Ausgleich, also zur Gerechtigkeit? Oder werden ausschließlich den Arbeitern und Angestellten die Wirtschaftskrise und der Strukturwandel der 80er Jahre auf die Schultern geladen? Solange sie arbeiten, drohen ihnen Lohndruck und Arbeitslosigkeit. Soll ihnen im Alter Angst vor der Zukunft der Rente drohen? Was soll geschehen, um alle Zweige der Alterssicherung im sozialen Gleichgewicht zu halten? Oder darf über die sonstigen öffentlichen Leistungen und Pensionen nicht gesprochen werden, höchstens als "Sonderopfer der Nation"? Sage man uns bloß nicht, eine Alterssicherung mit Klassencharakter sei die Antwort eines Sozialstaates auf die Probleme der Krise.

"Wie wird unser Rentenniveau sein?" So fragen uns die Menschen. Sie haben ihre Erfahrungen: Die Rentenanpassung wird 1983 um ein halbes Jahr verschoben. Blüm fügt hinzu, so solle es auf Dauer bleiben. Stoltenberg will noch mehr schieben. Erste Krankenversicherungsbeiträge für die Rentner wurden eingeführt, weitere drastische Erhöhungen dieser Beiträge für die Zukunft angekündigt. Die einen sagen, die "Rentenformel" müsse umgestülpt werden, die anderen meinen, der "Zeitraum" für die Berechnung der jeweiligen Rentenanpassung sei zu ändern. Aus der Bonner RVO-Klempnerei wird eine Fülle weiterer Feinheiten geliefert. Angesichts dieser sich überschlagenden Ankündigungen können die Menschen nicht mehr erkennen, was in Zukunft aus ihrem Rentenniveau wird.

Hat die Regierung untersucht, wie sich angesichts der angekündigten und beabsichtigten Eingriffe die gesellschaftlichen Verhältnisse entwickeln würden? Was passiert eigentlich, wenn für immer mehr Menschen die Sozialversicherungsleistungen nicht mehr zum Leben ausreichen und sie deshalb auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen sind? Werden dann die wachsenden Zahlen der Sozialhilfe und deren verminderte Leistungen zu Armutsindikatoren? Ist das etwa ein neues Verständnis von Subsidiarität, in Wahrheit eine scheinintellektuelle Tarnung von Armut?

In den hinter uns liegenden Jahrzehnten empfanden wir es als großen Fortschritt für die Menschen, daß ein sozialstaatlicher Zusammenhang zwischen dem Arbeitsleben und dem Leben als Älterer hergestellt worden ist. Ausstieg aus der Arbeit sollte nicht mehr sozialer Abstieg bedeuten. Heute fragen die Menschen: Können wir auch für die Zukunft mit sozialem Gleichgewicht rechnen? Diese Frage kann von der Politik nicht unbeantwortet gelassen werden.

(-/16.3.1983/ks/ca)

+ . + . +



Kritische Bestandsaufnahme

Der Wehrbeauftragte fordert klare Positionen

Von Erwin Horn MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Der Jahresbericht 1982 des Wehrbeauftragten ist auch in diesem Jahr eine kritische Bestandsaufnahme. Er fordert den Bundesminister der Verteidigung in wichtigen Fragen auf dem Gebiet der Inneren Führung auf, klare Positionen zu beziehen und entsprechend zu handeln.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist eines der bedrückenden Probleme unserer Zeit. Der Wehrbeauftragte zeigt auf, welchen Beitrag die Bundeswehr leisten kann, dieses Problem zu mildern. Sie wird hier vermehrt ihre Fähigkeit zu flexiblem Handeln unter Beweis stellen müssen - "bürokratische" Rechthaberei, wie in einem der geschilderten Beispiele, verschärft die Probleme. Deutlich wird aber auch, daß die Bundeswehr zum Abbau von Arbeitslosigkeit und Ausbildungshindernissen der Unterstützung anderer gesellschaftlicher Gruppen bedarf. Ein gesellschaftliches Anliegen muß werden, daß Jugendliche nach ihrer Lehre nicht deshalb arbeitslos werden, weil sie noch den Wehrdienst vor sich haben. Es ist eine Forderung sozialer Gerechtigkeit, daß nicht diejenigen, die einen Dienst für die staatliche Gemeinschaft leisten, solche Benachteiligungen erfahren.

Die Verletzung der Menschenwürde durch rüde Sprache, unzulässige Eingriffe von Vorgesetzten in den befehlsfreien Raum Untergebener, sowie die Befürchtung vieler Untergebener durch Beschwerden Nachteile zu erlangen, verdeutlichen, daß Innere Führung oft Not leidet. Der Bundesminister der Verteidigung wird sich diesen Fragen stellen müssen. Er wird unsere Unterstützung haben, wenn er diesem Dauerübel wirkungsvoll begegnet, indem er die vom früheren Bundesminister Hans Apel (SPD) initiierte Stärkung des Vertrauensmannes und den Ausbau der Mitwirkungsmöglichkeiten konsequent fortschreibt.

Die von allen im Deutschen Bundestag vertretenen politischen Parteien zu Beginn der siebziger Jahre getragene große Reform der Offizierausbildung und die Einrichtung der Hochschulen der Bundeswehr müssen sich auch in Zukunft bewähren. Dem Wehrbeauftragten ist für seine breite analytische Darstellung zu danken. Nachdem die Hochschulen der Bundeswehr sich nach einer einmalig kurzen Aufbauphase bereits bewährt haben, muß heute dieser Standard gewahrt bleiben. Mängel in der Offizierausbildung müssen dort behoben werden, wo sie entstehen. Insbesondere im Heer muß das militärische Ausbildungssystem so auf die Anforderungen des Truppendienstes zugeschnitten werden, daß das Gesamtkonzept der Einheit von militärisch berufspraktischer und wissenschaftlicher Ausbildung aller Offiziere nicht in Frage gestellt wird.

Die Vielzahl der vom Wehrbeauftragten in seinem Jahresbericht behandelten Fragen wird im Bundestag und insbesondere im Verteidigungsausschuß im einzelnen noch erörtert werden. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion fordert den Bundesminister der Verteidigung auf, seine Stellungnahme zu dem Jahresbericht schnell vorzulegen, damit der Bericht - wie 1982 - ausführlich und zügig im Parlament abschließend behandelt werden kann.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion dankt dem Wehrbeauftragten und seinen Mitarbeitern für den Bericht.
(-/16.3.1983/ks/ca)

+ + +



Ist das alles noch Gleichbehandlung?

Die BAFÖG-Gesetzgebung steckt voller Ungereimtheiten

Von Renate Schmidt MdB

Mitglied im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

Anfragen, widersprüchliche Antworten, Unsicherheit bei den kommunalen Ausbildungsförderungsämtern häufen sich. Unabhängig vom politischen Standort zeigt sich: Die Gesetzesänderungen zum BAFÖG stecken voll Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten. Wie soll es zum Beispiel mit den bisher Geförderten weitergehen, bei denen das Einkommen der Eltern nicht mehr berücksichtigt wird, weil diese ihre Unterhaltspflicht für eine berufliche Erstausbildung bereits erfüllt haben. Das Gesetz sagt:

1. Das Einkommen der Eltern wird nicht berücksichtigt, wenn der Geförderte vorher berufstätig war, eine abgeschlossene Berufsausbildung hatte, von seinem Einkommen bisher leben konnte.
2. Die Förderung wird weiter gezahlt, wenn der Auszubildende nicht bei seinen Eltern wohnt und eine geeignete Ausbildungsstätte von der Wohnung der Eltern aus nicht erreichbar ist.

Die meisten Geförderten in beruflichen Weiterbildungseinrichtungen haben eine abgeschlossene Berufsausbildung, waren berufstätig, haben von ihrem eigenen Einkommen gelebt und nicht mehr bei ihren Eltern gewohnt. Sie haben in nicht wenigen Fällen bereits eigene Familien. Das alles scherte den CDU/CSU-Gesetzgeber nicht. Diese Schüler und Studenten werden jetzt im Alter von 25 bis 30 Jahren wieder abhängig von ihren Eltern, oder besser vom Wohnort ihrer Eltern. Wohnen die Eltern am Schulort haben diese Geförderten Pech gehabt und fallen höchstens noch unter die Härteklausele, und haben selbst dann mindestens 290 Mark pro Monat weniger. Wohnen die Eltern nicht am Schulort bleibt alles beim Alten. Ziehen die Eltern um, kann sich das positiv oder negativ auf den Geförderten auswirken.

Bayerische Schüler und Studenten mit abgeschlossener Berufsausbildung und vorhergehender Berufstätigkeit sind gewitzt und haben längst einen Ausweg gefunden. Statt Abitur an der Fachoberschule machen sie Abitur an der Berufsoberschule und erhalten so ihre BAFÖG-Leistungen ungeschmälert und unabhängig vom Wohnort der Eltern. Aber nicht nur die Anmeldungen an bayerischen Berufsoberschulen steigen, sondern im ländlichen Bereich auch die Internatsanmeldungen. Auch hier ist der Grund einleuchtend: Bisher wurden Schüler ab Klasse 5 über das Bayerische Ausbildungsförderungsgesetz gefördert, soweit



eine Internatsmäßige Unterbringung notwendig, also der einfache Schulweg weiter als eine Stunde war. Ab Klasse 11 trat dann das BAFÖG in die Förderung ein. Entweder mit einem Betrag von 490 Mark, wenn der Schüler im Internat blieb, oder mit 275 Mark, wenn der Schüler wieder bei seinen Eltern wohnte und die Schule als Fahrschüler erreichte. Viele Eltern und ihre Kinder entschieden sich für die zweite Lösung. Dies wird nun nicht mehr geschehen. Die BAFÖG-Geförderten werden zu einem großen Teil weiter ins Internat gehen, weil sie nur so ihre BAFÖG-Leistungen erhalten. Es werden also mehr, und nicht weniger Steuermittel ausgegeben.

Damit nicht genug: Was wird aus der nicht kleinen Zahl alleinerziehender, geschiedener oder verwitweter Frauen, die sich nur durch die BAFÖG-Leistungen einen neuen Beruf aufbauen können, weil ihre Berufsausbildung durch das lange Aussetzen entwertet ist, oder sie im erlernten Beruf keine Chance haben? Sollten die auch, wie im Gesetzentwurf vorgesehen, vom Wohnort ihrer Eltern abhängig werden? Ist das die angekündigte Emanzipation à la Wilms, Blüm und Geißler? Letzte Kuriosität: Auch die Förderung von Fernlehrgängen wird, geht man nach den Buchstaben des Gesetzes, künftig abhängig vom Wohnort der Eltern des Geförderten sein. Auch hier sind Frauen überdurchschnittlich betroffen.

Ist das alles noch Gleichbehandlung? Dürfen staatliche Leistungen für erwachsene Menschen von der Zufälligkeit des Wohnorts der Eltern abhängig gemacht werden? Ich wage zu bezweifeln, daß alle diese Ungereimtheiten einer richterlichen Nachprüfung standhalten würden. Eine SPD-Regierung wollte nicht nur deshalb die alten BAFÖG-Leistungen wieder in Kraft setzen.

Eines müßte allerdings bei der Rückkehr zum alten Zustand überprüft werden: Der Einkommensbegriff, die Sonderabschreibungsmöglichkeiten müssen weitgehend abgeschafft werden; es kann nicht sein, daß der Bau eines privaten Atombunkers die Bemessungsgrundlage für BAFÖG beeinflusst. Für Freiberufler, Selbständige, Unternehmer und Landwirte müssen die Abschreibungsmöglichkeiten insgesamt begrenzt werden.

Sonst werden die Diffamierungsversuche der CDU/CSU gegen das BAFÖG Erfolg haben. Arbeitnehmer mit Einkommen dicht über der Bemessungsgrundlage werden nicht akzeptieren, daß Abschreibungskünstler auch noch BAFÖG für ihre Kinder beziehen. Auch wenn das nach Schätzung aller nur drei bis fünf Prozent der Fälle sind, und maximal 50 bis 100 Millionen jährlich eingespart werden können - es lohnt sich im Interesse der Gerechtigkeit hier eine Änderung herbeizuführen.

(-/16.3.1983/hf/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der rheinland-pfälzische SPD-Landesvorsitzende Hugo Brandt hat zur Eröffnung der Karl-Marx-Ausstellung in Trier unter anderem folgende Ansprache gehalten:

Karl Marx, die Freiheit und die totale Umwälzung

Die Ausstellung, zu deren Eröffnung wir uns hier versammelt haben, spricht für sich und bedarf keiner weiteren Erläuterung. Sie beschreibt die Geschichte eines Hauses, des Geburtshauses von Karl Marx, das erst zu Beginn dieses Jahrhunderts wieder entdeckt wurde, dessen sich die Sozialdemokratische Partei dann annahm, die Verwüstung des Hauses durch die Nazis, den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Stätte, die Besucher aus aller Welt aufgenommen hat und noch aufnehmen wird.

Die Besucher dieses Hauses werden durchaus mit unterschiedlichen Gefühlen hier herkommen. Es ist nur schwer vorstellbar, daß etwa Helmut Kohl die gleichen Empfindungen verspürt haben mag wie etwa Hua Guofeng.

Karl Marx wird ja in unterschiedlicher Weise aufgenommen und beurteilt, für die einen ein Gott, für die anderen ein Teufel. Und er kann beides nur sein für Menschen, die, aus den verschiedensten Gründen, ihn nicht gelesen oder ihn nicht verstanden haben. Ich glaube, daß kein anderer Philosoph so sehr zu Unrecht in Anspruch genommen worden ist wie Karl Marx, von denen, die sich Marxisten nennen, gar in der Kombination Marxisten-Leninisten, und von denen für die es schon zureicht, den Namen von Marx zu hören, um zu wissen, daß man dagegen sein muß. Marxismus ist für die einen die Verwissenschaftlichung der Politik und des historischen Geschehens, die Lehre zur Erkenntnis geschichtlicher Abläufe - in Wirklichkeit der Vorwand so handeln zu dürfen, wie man handelt unter Berufung auf Marx. Für die anderen ist er die ganz und gar verwerfliche theoretische Grundlage für die Rechtfertigung von Diktaturen, die Unterwerfung des Individuums unter kollektive Zwänge, ja die Vernichtung der Freiheit schlechthin.

Dabei lohnte es sich Marx selber über Freiheit zu zitieren. Ich habe nie Sätze über Freiheit gelesen, die so präzise waren wie die von Marx. Wenn es überhaupt einen Menschen gab, der weder Neigung noch Talent dazu hatte, Marxist zu werden, dann war das Karl Marx selber.

Marx, den nur seine Jugend mit Trier verbindet, ansonsten war er Weltbürger, zumindest Europäer - Paris, Brüssel, London - die Stationen seines Lebens, war der Philosoph des Industriezeitalters und damit der Theoretiker einer Bewegung, die zum Industriezeitalter gehört: des Sozialismus in seinen vielfältigen Erscheinungsformen. Ihn allerdings für einen Sozialismus ohne Freiheit in Anspruch zu nehmen ist ein Witz der Weltgeschichte.

"Die Freiheit ist so sehr das Wesen des Menschen, daß sogar ihre Gegner sie realisieren, indem sie ihre Realität bekämpfen." (Karl Marx)

"Jede Gestalt der Freiheit bedingt die andere, wie ein Glied des Körpers das andere. Sooft eine bestimmte Freiheit in Frage gestellt ist, ist die Freiheit in Frage gestellt." (Karl Marx)

Es mag dem einen oder anderen merkwürdig klingen, daß solche Sätze zitiert werden. Ich tue es jedoch nicht deswegen, um Marx gegen die eine oder andere Marxismusinterpretation zu verteidigen, sondern um darauf hinzuweisen, wo Sozialdemokraten den Zugang



zu Marx finden, und wo er sich ihnen öffnet. Marx, der stringent denkende und brillant formulierende Philosoph hatte mit der 1863 - also 20 Jahre vor seinem Tod - gegründeten Sozialdemokratie seine Schwierigkeiten. Da er nie gezwungen war, politisch zu handeln, wurde er in der letztlich doch durchaus pragmatisch handelnden deutschen Sozialdemokratie nie so recht heimisch.

Seine Bedeutung für die SPD liegt in seiner Rolle als Denker und Kritiker zugleich. Diese Rolle hat er bis heute nicht verloren. Daher denke ich jetzt weniger an seine ätzende - und ungerechte - Kritik am Gothaer Programm der SPD, woran man als Historiker vielleicht zunächst geneigt ist zu denken. Ich denke hier an seine geschichtliche Interpretation insgesamt, die uns heute, jedenfalls noch teilweise, - auch Marx hat keine Ewigkeitsgültigkeit zu beanspruchen - helfen kann.

Marx war, ich wiederhole es, der Philosoph des Industriezeitalters. Er hat die Gefahren erkannt, wenn auch die Prognosen so nicht immer eingetreten sind. Daß die entfalteten und kumulierten Produktivkräfte für eine Mehrzahl von Menschen zu Destruktivkräften werden, war ihm jedoch klar. Der Widerspruch zwischen Produktivkräften einerseits und den Verkehrsformen der Menschen andererseits, so erkannte Marx, muß sich eines Tages in einer totalen Umwälzung entladen. Diese von Marx erwartete totale Umwälzung fand keineswegs 1917 in Rußland statt. Dort vollzog sich auf gewaltsame Weise die nachgeholte Industrialisierung eines Subkontinents mit Hilfe einer Ideologie, die Marx zum Vorwand nahm.

Das Ende des Industriezeitalters mit seinen Kapitalakkumulationen, seinem ungehemmten Verbrauch von Rohstoffen, einschließlich der die Menschen tragenden Natur selber, dem Aufbau von Riestechnologien, die den Menschen mehr belasten als ihm eine gesicherte Zukunft zu verheißen, steht uns noch bevor.

Dies Transformation geschieht nicht zu einem bestimmten Datum, wie eine historische Revolution. Wir stehen am Anfang dieses Prozesses der Umwälzung, die Marx vorausgesehen hat.

Eigentlich bräuchten wir jetzt einen neuen Marx, aber die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß auch das Zeitalter des großen Denkens, das sich in einer Person vereinigt und kristallisiert, vorbei ist.

Für uns Sozialdemokraten heißt das aber: nicht Marx nachbeten, nicht seine Philosophie zur Heilslehre machen, sondern ihn verstehen, sich in ihn, seine Gedankenwelt und seine Umwelt hinainzusetzen, um das was göltig ist, zu bewahren. Mit einem Wort: sich seiner würdig zu erweisen. (-/16.3.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

